



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VII/110 - 13.5.1952

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 376 54-59
Fernschreiber 039 890

Hinweise
auf den Inhalt:

Die Regierung der reichen Leute <i>herabwürdigen</i>	S. 1
John Foster Dulles droht China	S. 3
Zu den Vorfällen in Essen	S. 4
Ulbricht rasselt mit dem Säbel	S. 6
Verleumder gestellt	S. 7

Dritte Lesung - und was dann ?

Von Herbert Kriedemann, MdB

In der zweiten Lesung des Lastenausgleichsgesetzes hat die Regierungsmehrheit "gesiegt" und alle sozialdemokratischen Änderungsanträge auf eine Erhöhung des Aufkommens oder eine bessere Verteilung der Leistungen abgelehnt. Sie behauptete, daß die Geschädigten an einer schnellen Verabschiedung des Gesetzes mehr interessiert seien als an seiner Verbesserung im gegenwärtigen Augenblick und versicherte, daß man die Ungerechtigkeiten und Unzulänglichkeiten immer noch zu einem späteren Zeitpunkt und mit einem neuen Gesetz ausbessern könnte. Wird aber die Enttäuschung und das Entsetzen der Geschädigten durch Versprechungen auf eine bessere Regelung in der Zukunft zu beschwichtigen sein?

Die SPD-Fraktion im Bundestag hat sich demgegenüber durch ihre Anträge und ohne Phrasengeklänge bemüht, das private Vermögen stärker heranzuziehen, die Masse der kleinen Steuerzahler zu schonen und aus dem Lastenausgleich nicht nur denen zu helfen, die ein großes Vermögen verloren haben. Das alles wurde von der Parlamentsmehrheit abgelehnt. Dadurch ist allerdings der letzte Zweifel daran ausgeräumt worden, daß die Adenauer-Regierung eine Regierung für die reichen Leute ist. Sie erlaubt nun den Besitzenden, einen Teil der sogenannten Vermögensabgabe an den Steuern

wieder einzusparen (neben anderen Formen der Abwälzung des Lastenausgleichs auf das öffentliche Eigentum und die breiten Schichten, einschliesslich der Geschädigten); sie sichert einer verschwindenden Minderheit von etwa 50.000 ehemaligen Besitzern grosser Vermögen einen Betrag von über einer Milliarde an Entschädigung und Zinsen zu. Aber die Leistungen zu Gunsten der grossen Mehrheit der Geschädigten werden weit unter das Notwendige beschränkt. Dass dabei nichts herauskommt, was mit Recht ein Lastenausgleich genannt werden könnte, ist klar. Die SPD-Fraktion im Bundestag wird in der dritten Lesung ihre Anträge zu allen wichtigen Punkten wiederholen, ohne Rücksicht darauf, ob eine Aussicht auf ihre Annahme gegeben ist oder nicht. Schliesslich ist das Problem des Lastenausgleichs nicht damit aus der Welt geschafft, dass die Regierungsparteien 400 Paragraphen unter der Überschrift "Lastenausgleich" verabschieden. Wenn die Regierungsparteien, die nun einmal die parlamentarische Vertretung einer Minderheit im Volk und Wirtschaft sind, vor dem Problem so kläglich versagen, dann muss die parlamentarische Opposition, d.h. die Sozialdemokratie, dafür sorgen, dass der Weg zu einem vernünftigen Lastenausgleich offen gehalten wird.

Die von der Mehrheit betriebene Lösung (die keine ist) darf nicht zu einer Verewigung der Zustände führen, unter denen die Mehrzahl der Geschädigten auch heute noch leiden. Das politische Leben darf nicht weiter durch Vertröstungen und Versprechungen vergiftet werden. Schliesslich ist durch den bisherigen Verlauf der Beratungen auch das trostlose Spiel derjenigen "Flüchtlingsprecher" aufgedeckt worden, die immer behaupteten, als Mitglieder der Regierungsparteien eine besondere Chance zu haben, um die Interessen der Geschädigten wahrzunehmen. Die Herren wussten am besten, dass zu einer solchen Tätigkeit in den Regierungsparteien praktisch keine Möglichkeit besteht. Sie müssen ihre Rolle als Verführer oder Zutreiber endlich ausgespielt haben. Die Geschädigten aber, soweit sie nicht zu den oben erwähnten 50.000 der Geschädigtenprominenz gehören, sollten aus dem praktischen Verhalten der politischen Kräfte in dieser Auseinandersetzung um den Lastenausgleich erkennen, dass ihre Interessen tatsächlich nur von der SPD-Fraktion mit klaren Anträgen und logischer Begründung vertreten wurden.

Die Wiederholung der sozialdemokratischen Anträge ist keineswegs eine parlamentarische Formsache und durchaus ernstgemeint. Das werden die Konsequenzen beweisen, die die SPD in der Schlussabstimmung zieht. Die nötige Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit und insbesondere der Geschädigten, sowie den Mut zu politischen Konsequenzen vorausgesetzt, wird die 3. Lesung - falls aus ihr nur das gleiche schlechte Resultat wie aus der 2. Lesung hervorgehen sollte, nicht das Ende des Kampfes um den Lastenausgleich und damit um die soziale Grundlage eines erneuerten Deutschlands sein, sondern ein neuer Anfang.

Von der Eindämmung zu Repressalien

-f- Seitdem John Foster Dulles sein Amt als außenpolitischer Berater Trumans niedergelegt hat, um sich bei Eisenhower oder Taft - je nachdem - vorsorglich um den Außenministerposten zu bewerben, ist er zunehmend deutlicher geworden. Seit Jahren gilt sein Interesse und seine Tätigkeit dem Fernen Osten, da er, wie sein Freund MacArthur, der Überzeugung ist, daß hier die großen Entscheidungen fallen. Er hat vor einigen Tagen in Paris dargelegt, wie er sich die Fernostpolitik der Westmächte denkt. Die französischen Gastgeber wollten natürlich von ihm hören, was er über jenes fernöstliche Gebiet zu sagen habe, in dem Frankreich seit Jahren einen kostspieligen, blutigen und aussichtslosen Krieg führt.

Die französische Furcht vor einem chinesischen Eingreifen in Indochina ist groß. Paris weiß, daß sie in Washington geteilt wird. Die hellhörige französische Regierung hat also alles Interesse daran, die chinesische Gefahr in schreienden Farben an die Wand zu malen, um die Amerikaner zur Hilfe zu ermuntern. Amerika, das in Korea alle Hände voll zu tun hat, ist nicht gewillt, sich auch noch für französische Interessen an einem Kolonialkrieg in Indochina zu beteiligen. Das weiß Dulles sehr genau. Sein Rezept, die amerikanische Abneigung mit den französischen Wünschen dennoch in Einklang zu bringen, mutet sehr einfach an. Er empfiehlt, im Falle eines chinesischen Eingreifens Vergeltung zu üben durch die Bombardierung Chinas, und jetzt schon ohne Scheu den Chinesen anzukündigen, was ihnen bevorsteht, wenn sie sich in den Krieg in Indochina einmischen sollten.

Was Dulles empfiehlt, hat eine verzweifelte Ähnlichkeit mit der Politik, für die MacArthur in Korea bereits plädiert hat und um deretwillen er von Truman aus seinem Amt als Oberbefehlshaber im Fernen/Osten entlassen worden ist. Das Rezept seines Schülers Dulles geht noch einen erheblichen Schritt weiter, so daß man sich fragen muß, warum MacArthur entlassen wurde, wenn heute eine weit verhängnisvollere Politik der letzte Schluß westlicher Asienweisheit sein

soll. Denn wann ist der Startbefehl für die Bombardierung Chinas fällig? Ist der Kriegsfall - darum handelt es sich dann selbstverständlich - schon gegeben, wenn die Franzosen etwa kommende Rückschläge in Indochina mit der Einmischung der Chinesen erklären? Sind größere chinesische Waffenlieferungen an die Aufständischen schon eine Einmischung in diesem Sinne? Ist die Teilnahme chinesischer "Freiwilliger" der casus belli? Wenn damit schon die Voraussetzungen für die Bombardierung Chinas gegeben wären, müßten sich die Vereinten Nationen längst mit China und mit der Sowjetunion im Krieg befinden.

Das amerikanische Volk will von dem französischen Kolonialkrieg in Indochina nichts wissen. Dulles hat den Weg gezeigt, wie dieser Widerwille gegen eine amerikanische Beteiligung überwunden werden kann. Noch ist Dulles nicht Außenminister und wird es vielleicht nicht werden. Aber MacArthur ist auch nicht mehr Oberbefehlshaber, seine Vorstellungen, wie Asien zur Räson gebracht werden kann, haben dennoch Schule gemacht. Gestern hieß das amerikanische Lösungswort: Eindämmung des Kommunismus. Heute wird bereits von einem sehr einflußreichen Mann wie Dulles für die Politik der Repressalien plädiert.

+ + +

Bittere Belehrung für Pastor Mochalski

(sp) Jeder mit dem politischen Geschehen einigermaßen Vertraute weiß, daß die Kommunisten seit geraumer Zeit erhebliche Anstrengungen machen, die politische Auseinandersetzung aus den Parlamenten und Versammlungen auf die Straße zu tragen. Damit befolgen sie die Anweisungen ihrer Auftraggeber in Pankow und folgen der Linie der sowjetischen Politik gegenüber Westdeutschland, die in Terror und Unsicherheit die Grundlagen für die Wiedervereinigung Deutschlands unter kommunistischer Vorherrschaft sieht. Diese Bemühungen sind aufgrund der disziplinierten Haltung der Bevölkerung bisher erfolglos geblieben. Nur in wenigen Fällen vermochten FDJ-Funktionäre ihre auf Agentenschulen der Sowjetzone erworbenen Kenntnisse praktisch anzuwenden. Nach den bisherigen Erfahrungen der Polizei führten bei allen Zusammenstößen FDJ-Instrukteure die Regie, die diese Tätigkeit berufsmäßig ausüben. Sie haben fast ausnahmslos ihren Wohnsitz in der Sowjetzone und wurden mit bestimmten Aufträgen in die Bundes-

Republik eingeschleust.

Diese Tatsachen hätte auch Pfarrer Mochalski, der Geschäftsführer der bekennenden Kirche und Gründer des "Aktionskreises Darmstadt", wissen können, der am 1. Mai als Verantwortlicher zu der "Jugendkarawane" nach Essen aufrief. Seine eigene Ankündigung, "wir wollen die junge Generation Ostdeutschlands einladen, die Möglichkeiten und Wege einer gesamtdeutschen Lösung zu prüfen", fand hier eine bittere Verwirklichung. Zahlreiche Schwerverletzte und ein Toter sind das Ergebnis. Die "Möglichkeiten" und "Wege" sind ihm von den Funktionären der FDJ diktiert worden, die in der Befolgung der Aufrufe von Grotewohl und Ulbricht "die Stunde der Tat" als gekommen glauben.

Das "westdeutsche Treffen der jungen Generation" war ursprünglich sicher keine ausschließliche Angelegenheit der FDJ. Tausende von jungen Menschen aus allen Teilen der Bundesrepublik - Mitglieder einer Anzahl verschiedener Organisationen - wollten in ihm gegen den Wehrbeitrag protestieren. Darin allein liegt nichts Verwerfliches. Diese Organisationen sind auch nicht beteiligt an den Essener Ausschreitungen, die nachweisbar von FDJlern inszeniert wurden und überlegt und gewollt waren. Aber das Essener Treffen, für das Pfarrer Mochalski verantwortlich zeichnet, beseitigte die letzten Zweifel, daß der Aktionskreis stark kommunistisch untermauert ist und in seiner Aktivität weitgehend auch von Kommunisten beeinflußt wird.

Von einer "Unabhängigkeit" des "Aktionskreises Darmstadt" kann, nachdem die FDJ-Funktionäre das Gesetz des Handelns an sich rissen, nicht mehr die Rede sein. Mutet es nicht eigenartig an, daß dieser Aktionskreis zur Verhinderung des Wehrbeitrages ausdrücklich aufforderte, Parolen, Transparente, Plakate, Volkstanzgruppen, Singgemeinschaften und Jugendorchester mitzubringen? Darüber hinaus enthält der Aufruf Formulierungen, die seit je Bestandteile der kommunistischen Propaganda sind.

Leider haben sich verschiedene demokratische Organisationen am Darmstädter Aktionskreis beteiligt. Hoffentlich war der FDJ-Terror in Essen eine heilsame Lehre für sie.

Kann ein verantwortlicher Kirchenvertreter wie Herr Pfarrer Mochalski nach den traurigen Erfahrungen in Essen noch den Worten seines Mitstreiters Dr. Koch zustimmen, der die Äußerung tat, in der hier sichtbar werdenden Aktion des Einzelnen bilde sich eine neue Stufe der Demokratie? Wir möchten es bezweifeln.

Ulbrichts starke Töne

ae. Schalten wir um knapp vier Jahre zurück. Die wildesten Gerüchte schwirrten damals durch das zonenzerrißene Deutschland. Der Tag X, der Tag der Währungsreform, stand bevor, Jedermann wußte, daß von der Stunde an, in der das besetzte Deutschland zwei verschiedene Währungen erhalten werde, der Graben zwischen hüben und drüben vertieft würde. Die Sowjetunion holte fast am Tage danach zum Gegen-schlag aus. Sie verhängte die Blockade über Berlin. Aus dem Buche von General Clay, dem damaligen amerikanischen Militärgouverneur, wissen wir heute, wie verdammt nahe die Welt damals am Dritten Weltkrieg vorbeigerutscht ist. Das Tagebuch Trumans verzeichnet jene düsteren Wochen mit der resignierten Bitterkeit eines Staatsmannes, der seine Hoffnungen auf Erhaltung des Friedens schwinden sieht.

Stehen wir wieder vor Beginn einer ähnlichen Entwicklung? Alle äußeren Anzeichen deuten darauf hin. Wieder, wie damals, befinden wir uns vor einer Wegkreuzung. Nur, daß diesmal mit dem Abschluß des Generalvertrages der Einschnitt noch folgenschwerer sein würde, weil er, nach dem Willen der Westmächte und Bonns, zwei Drittel Deutschlands auch militärisch in den Machtbereich des Westens eingliedert. Wieder, wie damals, setzen die sowjetischen Schikanen an den Zonen-grenzen ein, fehlt es nicht an massiven Drohungen, liegt Berlin in der äußersten Gefahrenzone.

Es ist müßig, darüber zu ~~schreiben~~^{helfen}, ob den starken Worten des SED-Diktators Ulbricht bloß deklamatorische Bedeutung zukommt. Der Kreml läßt sich seine Politik in der Deutschlandfrage bestimmt nicht von einem, wenn auch gekrönten seiner Werkzeuge, vorschreiben. Daß Ulbricht kein aufrichtiges Verlangen nach wirklich freien gesamt-deutschen Wahlen hat - einen Wunsch, den er mit so manchem westdeutschen Politiker teilt - ist eine Binsenwahrheit. Er wird das Seinige redlich dazu beitragen, mögliche Ansatzpunkte einer echten Verständigung zwischen Ost und West nicht zum Tragen kommen zu lassen. Das gebietet schon sein Selbsterhaltungsinstinkt. Ein Erpresser benutzt jedes Mittel, um sich zu behaupten.

Einen grundlegenden Unterschied gibt es freilich zwischen diesen entscheidungsvollen Maitagen und dem Juni 1948. Die Notwendigkeit der einseitigen Währungsreform wurde, da alle Bemühungen, mit der Sowjetunion zur Übereinstimmung zu gelangen, fehlschlagen, von keiner Partei in Westdeutschland bestritten. Die deutsche Wirtschaft lag damals in ihren letzten Zügen und der letzte Rest von innerem Zusammenhalt in unserer Volke drohte dahinzuschwinden. So wurde die Währungsreform ein Akt der Lebensrettung. Heute aber gilt es noch zu beweisen, ob alle Chancen einer friedlichen Wiedervereinigung der deutschen Einheit in Freiheit schon wirklich vertan sind. Was damals Lebensrettung war - der Währungsschnitt - kann heute - der Generalvertrag - zum tödlichen Verhängnis für uns alle werden. Nicht vom säbelrasselnden Ulbricht hängt es ab, wohl aber vom unseligen Zusammenspiel von Kräften, die dahin wirken, Tatsachen zu schaffen, die nicht mehr zu kontrollierende Westreaktionen auslösen müssen.

Ein bedeutsames Urteil

K.T. Die Entscheidung des 5. Strafsenats des Bundesgerichtshofes in Berlin, die die Revision des Bundestagsabgeordneten Wolfgang Hedler gegen das Urteil des Landgerichts Kiel vom 20.7.1951 wegen Beleidigung der Widerstandskämpfer verworfen hat, ist ein sehr bedeutsames Urteil. Abgesehen davon, daß Hedler wegen der öffentlich ausgesprochenen Beleidigung aufgrund einer Notverordnung des Reichspräsidenten zum Schutz des inneren Friedens zu neun Monaten Gefängnis verurteilt wurde, hat dieses Urteil klar und deutlich bewiesen, daß die sozialdemokratische Tätigkeit, die in der Nazizeit gezwungenermaßen im Ausland entfaltet werden mußte, eine im Sinne Deutschlands liegende Pflicht war.

Bekanntlich hatte Hedler in einer Rede am 26.11.1949 in Einfeld u.a. behauptet, der Landesvorsitzende der SPD in Bayern, Waldemar von Knoeringen, sei Major in englischen Diensten gewesen und sei somit als Vaterlandsverräter anzusehen. Das Gericht hat dagegen festgestellt, daß von Knoeringen nicht für englische Zwecke tätig war und daß er insbesondere keinerlei militärische Aufgaben zu erfüllen und auch keine Richtlinien in dieser Hinsicht erhalten hatte. Es wurde dagegen hervorgehoben, daß von Knoeringen sich nur technischer Einrichtungen der Engländer bedient hat, um eigene deutsche politische Zwecke zu verfolgen, wie sie sich für ihn und die illegale SPD in London aus der Kriegslage ergaben.

Damit ist klar erwiesen, daß der Landesvorsitzende der bayerischen SPD in der Zeit seiner Emigration nicht zu einem Agenten oder Werkzeug im Dienst der Engländer geworden ist, sondern es nur als seine Pflicht erachtete, aus der Illegalität heraus für Deutschland und gegen Hitler zu arbeiten.

Das Urteil ist aber auch der Schlußstrich einer unverantwortlichen Hetzkampagne gegen die SPD in Bayern; denn immer, wenn es zum Wahlkampf ging, wurde besonders von rechts- und linksradikalen Gruppen mit Nachdruck auf die Vergangenheit von Knoeringens hingewiesen und der SPD zum Vorwurf gemacht, daß an ihrer Spitze in Bayern ein Mann stehe, der "Vaterlandsverrat" getrieben hat. Herr Hedler hat die Quittung für seine Verleumdungen in Form einer neunmonatigen Gefängnisstrafe erhalten. Das möge all' denen zur Warnung dienen, die glauben, unter dem Schutzmantel der Demokratie aufrechte Deutsche und Widerstandskämpfer ungestraft beleidigen zu können.

+ + +

Verantwortlich: Peter Raunau